

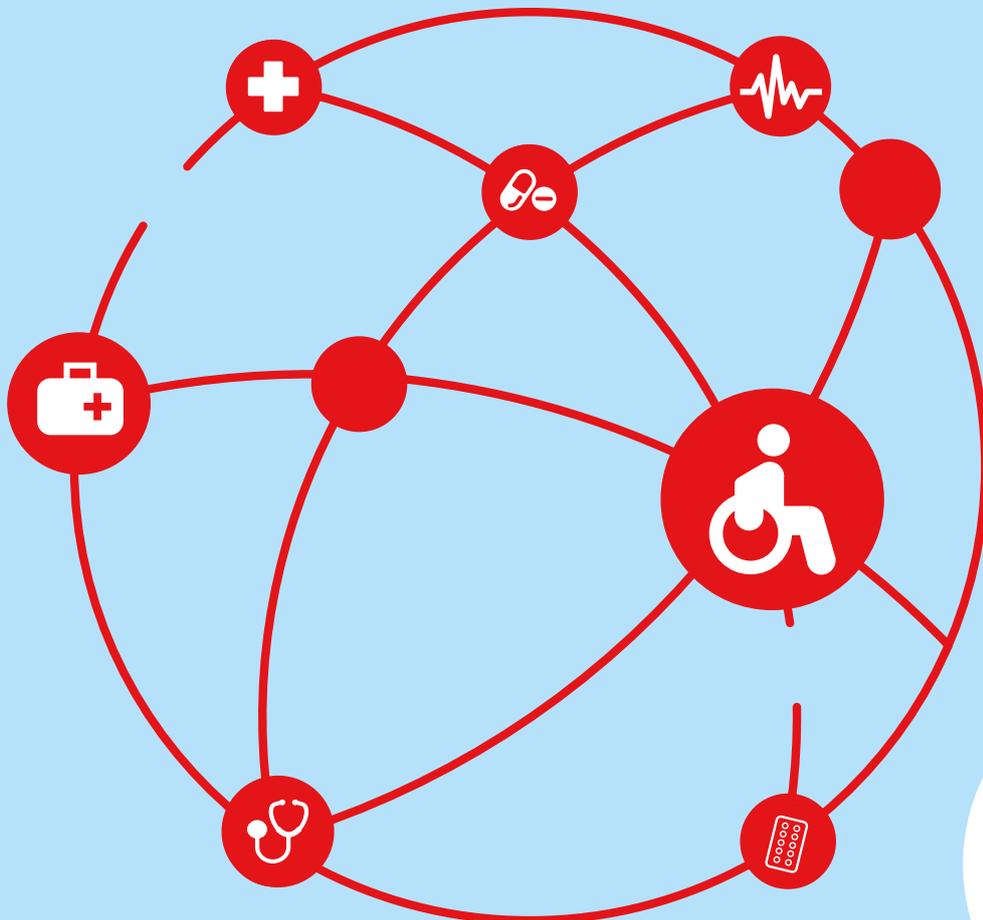
Gesundheit für alle?

Erfahrungen, Erwartungen und Bedarfe von
Menschen mit Beeinträchtigungen

Eine vergleichende Studie auf Basis von Umfrageergebnissen von
Menschen mit Beeinträchtigung und der Gesamtbevölkerung

Das WIR gewinnt

Aktion
MENSCH



In Kooperation mit:





Aktion Mensch

Die Aktion Mensch ist die größte private Förderorganisation im sozialen Bereich in Deutschland. Seit ihrer Gründung im Jahr 1964 hat sie mehr als fünf Milliarden Euro an soziale Projekte weitergegeben. Ziel der Aktion Mensch ist, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung, Kindern und Jugendlichen zu verbessern und das selbstverständliche Miteinander in der Gesellschaft zu fördern. Mit den Einnahmen aus ihrer Lotterie unterstützt die Aktion Mensch jeden Monat bis zu 1.000 Projekte. Möglich machen dies rund vier Millionen Lotterieteilnehmer*innen. Zu den Mitgliedern gehören: ZDF, Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie, Paritätischer Gesamtverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Ipsos

Ipsos Public Affairs ist der auf Politik- und Sozialforschung spezialisierte Bereich von Ipsos in Deutschland. Im Fokus stehen unter anderem Untersuchungen zu gesellschaftlichen Einstellungen, politischer Kommunikation, öffentlichen Dienstleistungen sowie zu sozialen Trends. Ipsos Public Affairs unterstützt auf Basis empirischer Forschung öffentliche Institutionen, Ministerien, internationale Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteure. Als Teil des internationalen Ipsos-Netzwerks mit über 20.000 Mitarbeitenden in rund 90 Ländern verbindet Ipsos Public Affairs globale Expertise mit lokalem Wissen. In Deutschland ist das Institut an mehreren Standorten vertreten, darunter Berlin, Hamburg, Frankfurt, München und Nürnberg.

Teilhabe-Community

Die Teilhabe-Community ist das erste Online-Befragungspanel in Deutschland, das speziell für Menschen mit Beeinträchtigung konzipiert wurde. Es wurde gemeinsam von Aktion Mensch und dem Markt- und Sozialforschungsinstitut Ipsos entwickelt, um deren bislang geringe Berücksichtigung in der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung zu verbessern. Durch die Teilnahme am Panel erhalten Menschen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit, ihre Perspektiven einzubringen und sichtbar zu machen. Die Befragungen sind barrierefrei gestaltet, um Menschen mit unterschiedlichen Arten der Beeinträchtigung die Teilnahme zu ermöglichen. Ziel ist es, fundierte Erkenntnisse über Lebensrealitäten und Bedarfe zu gewinnen sowie inklusivere Produkte und Dienstleistungen zu fördern.

Inhalt



Einleitung	4
Gesundheitliche Probleme und ihre Folgen	5
Folgen für die Lebensführung	7
Gesundheitsförderung	10
Versorgungssituation	13
Digitalisierung im Gesundheitswesen	16
Fazit	17
Methodik	19
Impressum	20

Einleitung

In den letzten zehn Jahren hat sich der Druck auf die gesundheitliche Versorgung in Deutschland erheblich verschärft, was sich in langen Wartezeiten, einem ausgeprägten Fachkräftemangel und einer zunehmend ungleichen Versorgung der Patient*innen widerspiegelt. Diese Herausforderungen werden durch den demografischen Wandel, bei dem die Bevölkerung altert und der Versorgungsbedarf entsprechend steigt, zusätzlich verschärft.

Anlässlich des Weltgesundheitstags hat die Aktion Mensch vom 19. bis 24. März 2025 gemeinsam mit Ipsos Public Affairs bundesweit 727 Menschen ab 16 Jahren online befragt. 427 der Befragten haben eine Beeinträchtigung und sind Mitglieder der Teilhabe-Community. Weitere 300 Personen aus der Gesamtbevölkerung wurden über das Ipsos Access Panel rekrutiert.

Gegenstand der Befragung waren die eigene Gesundheitssituation, Gesundheitsförderung, gesundheitsbezogene Lebensqualität, Versorgungssituation sowie die Digitalisierung des Gesundheitswesens.

Die Studienergebnisse zeigen, dass Menschen mit Beeinträchtigungen besonders stark von den bestehenden strukturellen Engpässen betroffen sind, da sie in hohem Maße auf physische und kommunikative Barrierefreiheit, angemessene Vorkehrungen und zum Teil spezialisierte Gesundheitsleistungen angewiesen sind.

Oftmals sind sie gezwungen, weite Strecken zu geeigneten medizinischen Einrichtungen zurückzulegen, was nicht nur zeitaufwändig und teuer ist, sondern auch mit einem hohen psychischen Druck einhergeht.

Diese Hürden erschweren den Zugang zu unverzichtbaren Gesundheitsleistungen erheblich und stellen eine deutliche Erschwernis im Zugang zur notwendigen Gesundheitsversorgung dar.

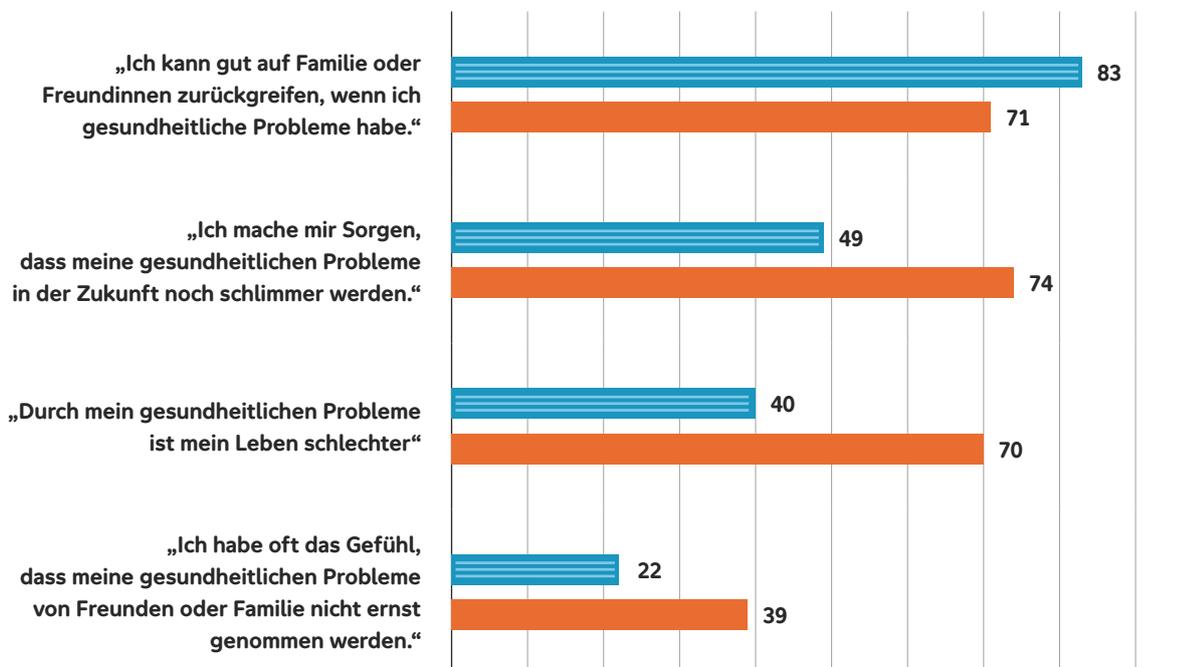
Gesundheitliche Probleme und ihre Folgen

Die Befragung unter Menschen mit Beeinträchtigung zeigt, dass sich diese, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich weniger gesund fühlen. So geben 70 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung an, dass ihre gesundheitlichen Probleme dazu führen, dass sie ihr Leben als „schlechter“ empfinden. Darüber hinaus berichten 39 Prozent der Befragten, dass sie sich in ihren gesundheitlichen Anliegen sogar von Freunden und Familie nicht ernst genommen fühlen.

Im Kontext der aktuellen politischen Diskussionen über die Zukunftsfähigkeit des Gesundheitssystems ist es zudem besorgniserregend, dass ein erheblich größerer Anteil der Befragten mit Beeinträchtigung (74 Prozent) im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (49 Prozent) Angst vor einer weiteren Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes hat. Das drückt die Sorge aus, dass die gesundheitlichen Probleme von Menschen mit Beeinträchtigung durch Engpässe in der Gesundheitsversorgung sich zukünftig vergrößern könnten.

**Abbildung 1:
Einstellungen zum Thema Gesundheit**

Frage: Du siehst nun 5 Sätze zum Thema Gesundheit. Wir wollen wissen: Stimmt du diesen Sätzen zu oder nicht?



● Gesamtbevölkerung ● Teilhabe Community

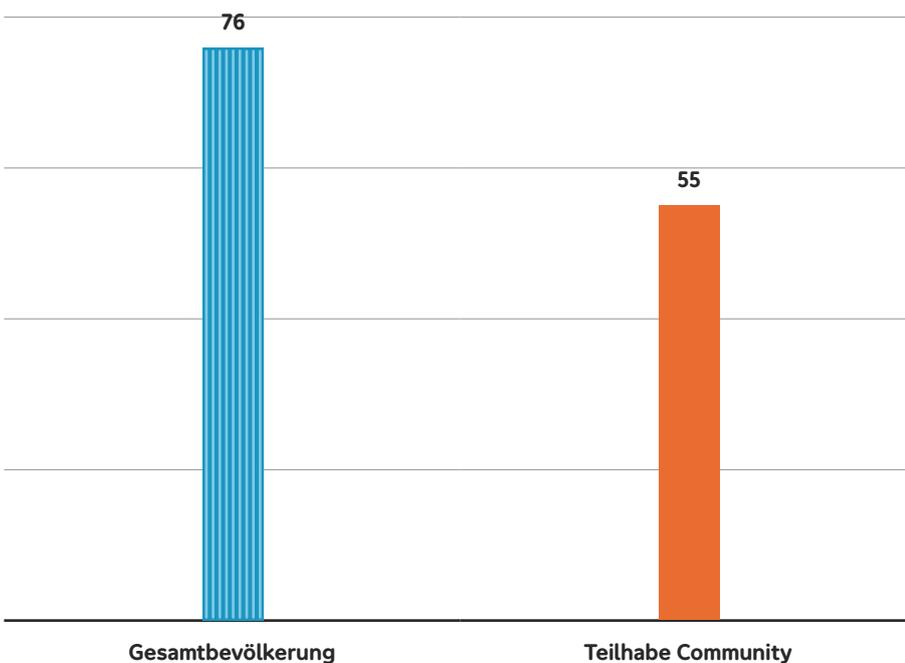
Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 427, Gesamtbevölkerung n = 300. Darstellung Top-2-Werte (Ganz klar ja / Eher ja)

Sichtbar wird dies durch die Befürchtung von Ausgrenzung, Ablehnung und Diskriminierung im Gesundheitswesen, die bei Menschen mit Beeinträchtigung mehr als doppelt so häufig vorhanden ist (22 Prozent versus 9 Prozent). Diese Wahrnehmung des Gesundheitssystems als potenziell ausgrenzend steht den Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention nach einem diskriminierungsfreien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für alle Menschen entgegen. Artikel 25 der UN-BRK verpflichtet den Staat zu einem flächendeckenden inklusiven Gesundheitssystem. Der aktuelle Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD benennt jedoch keine konkreten Maßnahmen hierzu und formuliert lediglich das Ziel einer Weiterentwicklung von Barrierefreiheit und Inklusion im Gesundheitswesen und der Pflegeversorgung.

Der Mangel an konkreten Maßnahmen und Plänen führt beim Menschen mit Beeinträchtigung zu Zukunftsängsten und Sorgen vor Diskriminierung. Dies könnten Faktoren dafür sein, dass Menschen mit Beeinträchtigung deutlich weniger mit ihrem Leben zufrieden sind als die Gesamtbevölkerung. Nur 55 Prozent der Befragten geben an, ganz klar oder eher zufrieden zu sein, während dieser Wert in der Gesamtbevölkerung bei 76 Prozent liegt. Angesichts politischer Zielsetzungen, die auf gleichwertige Lebensverhältnisse abzielen, sind diese signifikanten Unterschiede in der Lebenszufriedenheit ein alarmierendes Warnsignal.

Abbildung 2: Zufriedenheit mit dem eigenen Leben

Frage: „Ich bin mit meinem Leben zufrieden.“ Wie stark stimmst du dieser Aussage zu?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 427, Gesamtbevölkerung n = 300. Darstellung Top-2-Werte (Ganz klar ja / Eher ja)

Folgen für die Lebensführung

Gesundheitliche Probleme führen in vielen Fällen zu erheblichen Einschränkungen im Leben der Betroffenen. Mehr als die Hälfte der Menschen mit Beeinträchtigung (55 Prozent) berichtet von starken Einschränkungen, die durch ihre gesundheitlichen Beschwerden bedingt sind.

Die krankheitsbedingten Einschränkungen wirken sich sowohl auf den Alltag als auch auf das Berufsleben von Menschen mit Beeinträchtigung aus. Viele Betroffene haben einen hohen Krankenstand oder sind nicht in der Lage, ihre täglichen Aufgaben zu bewältigen. Ein Fünftel der Befragten (20 Prozent) fällt sogar für mehr als drei Monate aus.

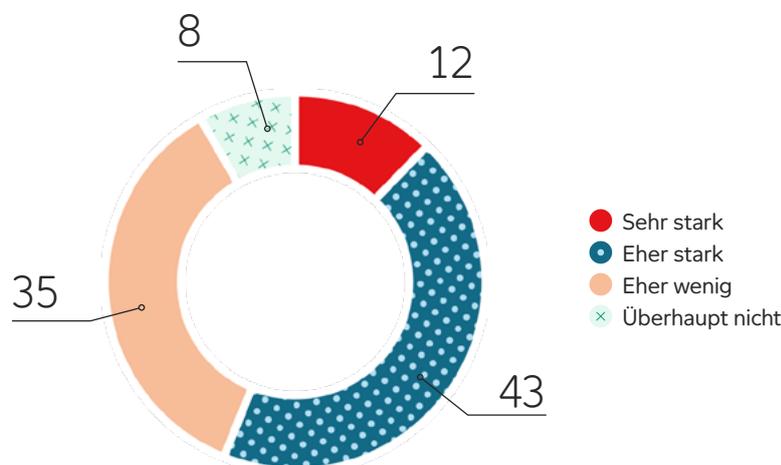
Der Einfluss gesundheitlicher Probleme auf die Arbeitsfähigkeit ist besonders gravierend, insbesondere im Hinblick auf die Gesundheitskosten, die Menschen mit

Beeinträchtigung häufig überproportional belasten. So geben 56 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung an, dass sie stark durch Zusatzkosten belastet sind, die im Zusammenhang mit ihrer Gesundheitsversorgung stehen. Im Vergleich dazu betrifft dies nur etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung (23 Prozent). Darüber hinaus müssen 40 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung hohe Kosten für medizinische Zusatzleistungen tragen, während dies nur bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung der Fall ist.

Hier wird ein zentrales Ungleichheitsmuster deutlich: Menschen mit erhöhtem Versorgungsbedarf tragen gleichzeitig eine überproportionale finanzielle Last. An dieser Stelle wird eine strukturelle Diskriminierung von Menschen mit Beeinträchtigung im deutschen Sozial- und Gesundheitssystem sichtbar.

Abbildung 3: Einschränkung durch gesundheitliche Probleme

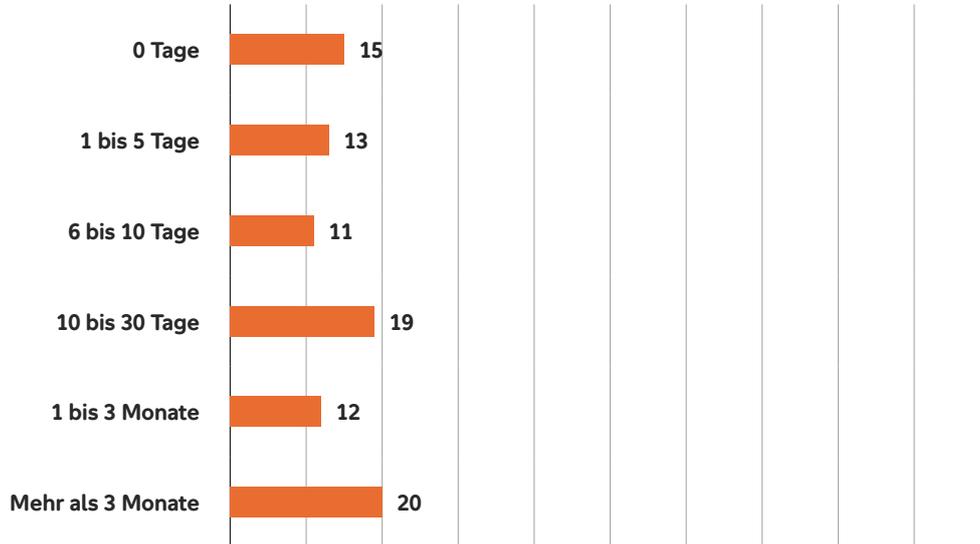
Frage: Wenn du gerade krank bist: Wie stark schränken dich deine gesundheitlichen Probleme ein?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 427.
Abweichungen von 100 Prozent durch Weiß nicht / Keine Angabe sowie Rundungen.

Abbildung 4: Krankheitsbedingter Ausfall im Job und bei täglichen Aufgaben

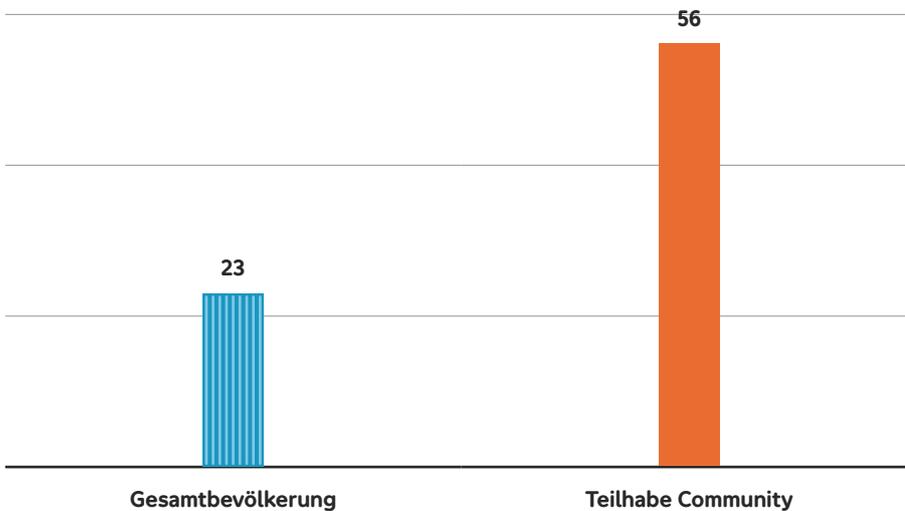
Frage: Wie viele Tage hast du dich in den letzten 12 Monaten bei der Arbeit krankgemeldet beziehungsweise an wie vielen Tagen konntest du wegen einer Krankheit deine täglichen Aufgaben nicht wie gewohnt machen?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 427.
Abweichungen von 100 Prozent durch Weiß nicht/Keine Angabe sowie Rundungen.

Abbildung 5: Belastung durch finanzielle Ausgaben für die eigene Gesundheit

Frage: „Ich muss für meine Gesundheit viel Geld ausgeben. Das belastet mich.“ Wie stark stimmst du dieser Aussage zu?

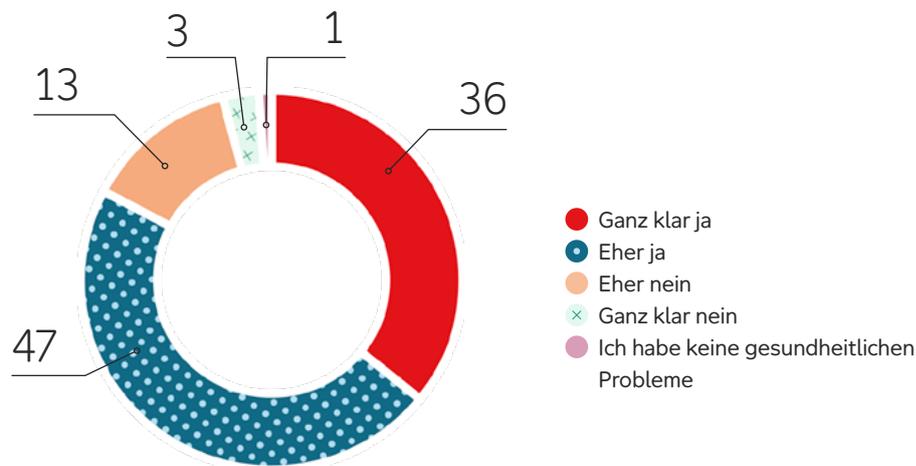


Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 427, Gesamtbevölkerung n = 300. Darstellung Top-2-Werte (Ganz klar ja / Eher ja)

Über die Einschränkungen im Alltag und im Berufsleben hinaus ist es im Zusammenhang mit den zunehmenden Diskussionen über mentale Gesundheit besonders alarmierend, dass die gesundheitliche Belastung auch in diesem Bereich spürbare Folgen hat. So berichten fünf von sechs Menschen mit Beeinträchtigung (83 Prozent), dass sie einen Zusammenhang zwischen ihrem gesundheitlichen Zustand und einer Verschlechterung ihres seelischen Wohlbefindens wahrnehmen. Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD beinhaltet lediglich eine Strategie zur mentalen Gesundheit junger Menschen mit den Schwerpunkten Prävention und Früherkennung psychischer Erkrankungen. Altersübergreifende Maßnahmen oder Maßnahmen für Menschen mit Beeinträchtigung werden dort nicht genannt.

Abbildung 6:
Verschlechterung des seelischen Wohlbefindens durch gesundheitliche Probleme

Frage: Wenn du ein gesundheitliches Problem hast: Verschlechtert sich dann auch dein seelisches Wohlbefinden?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 427.
Abweichungen von 100 Prozent durch Weiß nicht/Keine Angabe sowie Rundungen.

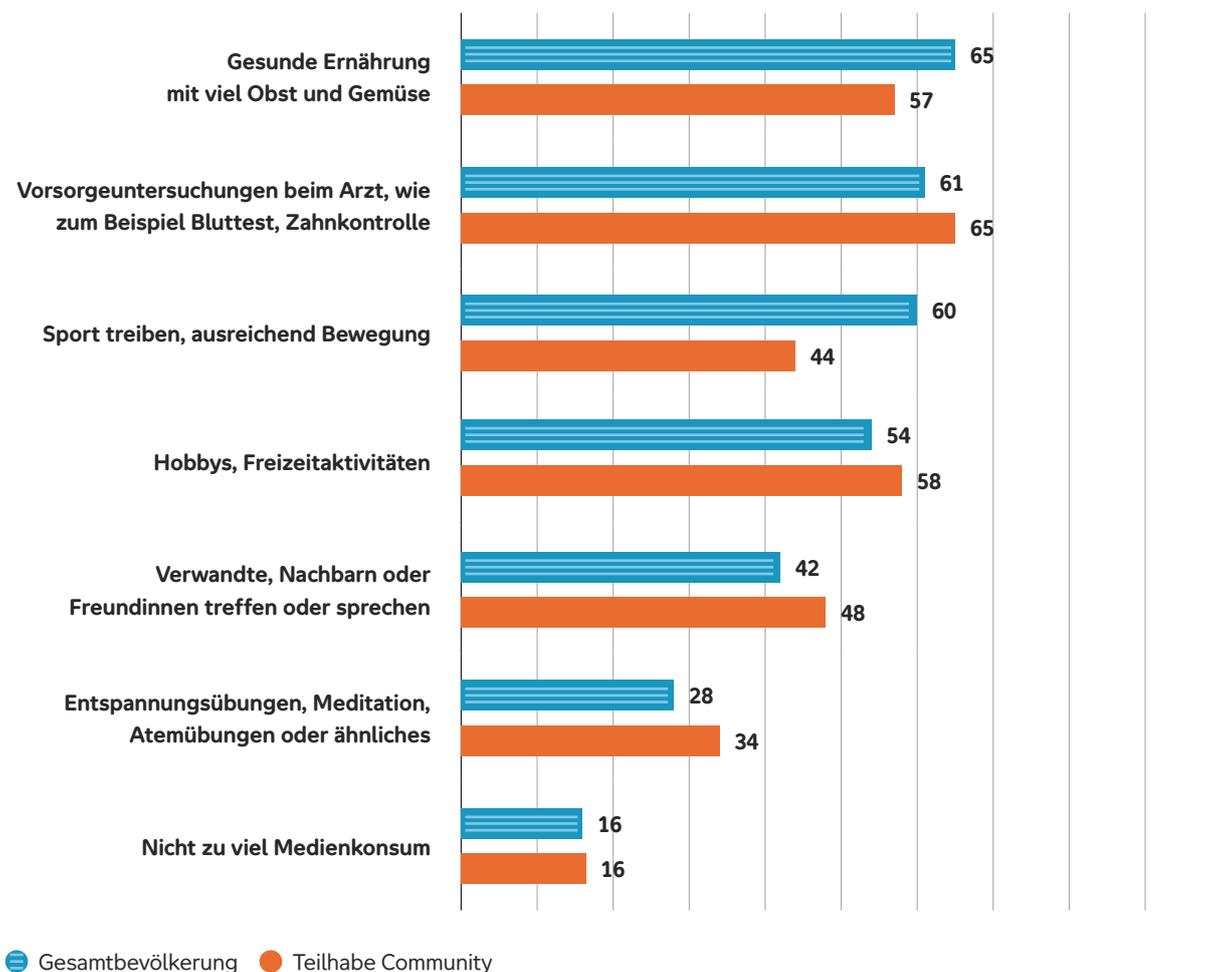
Gesundheitsförderung

Die Gesundheitsförderung umfasst eine Vielzahl von Maßnahmen und Aktivitäten, die darauf abzielen, die Gesundheit von Menschen zu verbessern und zu erhalten. Eine wichtige Grundlage dafür ist, dass jeder Mensch die Chance hat, seine Gesundheitskompetenz zu stärken und zu erweitern. Dazu gehört, dass man

das passende Wissen hat, die richtigen Möglichkeiten und die Motivation, etwas für die eigene Gesundheit zu tun. Zu den wichtigsten Maßnahmen, die sowohl von Menschen mit als auch ohne Beeinträchtigung genannt werden, zählen eine gesunde Ernährung sowie die Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen.

Abbildung 7:
Durchgeführte Maßnahmen zur Förderung der eigenen Gesundheit

Frage: Was machst du regelmäßig, damit es dir gesundheitlich besser geht?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 427, Gesamtbevölkerung n = 300.

Ein Vergleich der durchgeführten Maßnahmen zur Gesundheitsförderung zwischen Menschen mit und ohne Beeinträchtigung zeigt jedoch, dass erstere im Vergleich zur Gesamtbevölkerung beispielsweise deutlich weniger Sport treiben (44 Prozent versus 60 Prozent). Dies steht vor dem Hintergrund, dass sich zwei Drittel der Menschen mit Beeinträchtigung (62 Prozent) jedoch darüber bewusst sein, dass sie ihre eigene Gesundheit aktiv verbessern können. Allerdings fühlen sie sich weder durch ihr privates Umfeld (60 Prozent) noch durch Institutionen wie Behörden, Krankenversicherungen oder Pflegeversicherungen ausreichend unterstützt (69 Prozent).

Zurückzuführen ist dies auf die besonderen Schwierigkeiten bei der Gesundheitsförderung, mit denen Menschen mit Beeinträchtigung konfrontiert sind. Über die Hälfte hat aufgrund von körperlichen Problemen Schwierigkeiten, ihre Gesundheit aktiv zu gestalten und ein gesundes Leben zu führen. Weitere Gründe sind der Mangel an Motivation und Zeit, sowie zu wenig finanzielle Ressourcen, um diese in Gesundheitsförderung zu investieren.

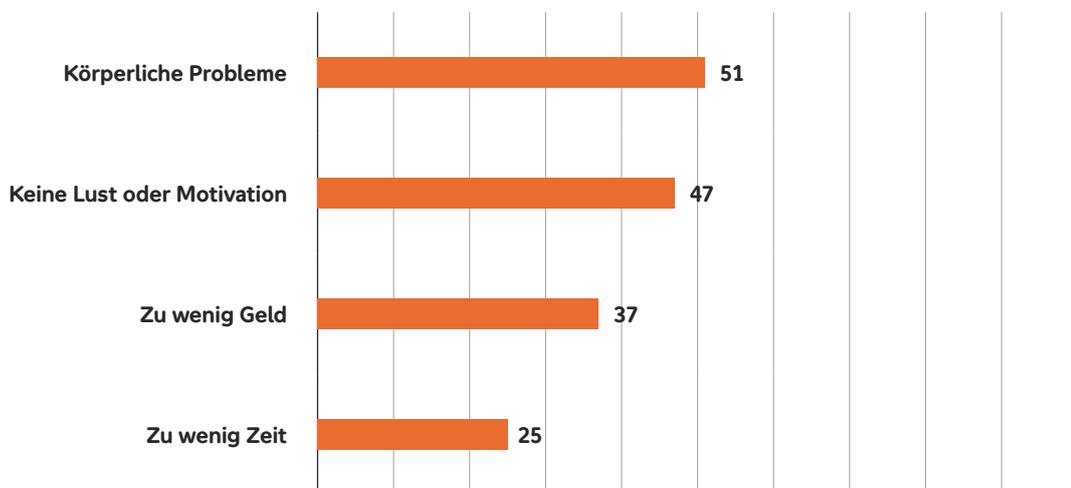
„Ich bin sehr motiviert, mein Leben gesund zu gestalten. Meine akuten Erkrankungen und meine fehlende Mobilität schränken mich dabei aber sehr ein.“

Befragungsteilnehmer*in mit Beeinträchtigung



**Abbildung 8:
Hindernisse bei der Gesundheitsförderung**

Frage: Warum ist es für dich manchmal schwer, deine Gesundheit zu fördern?

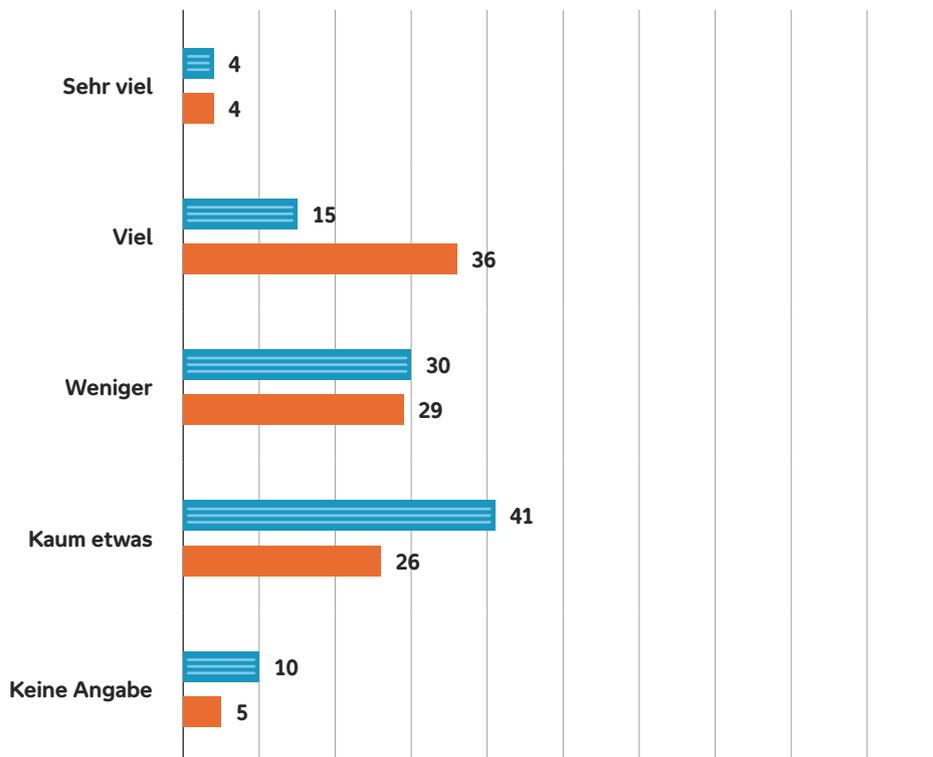


Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 427.

Einen deutlichen Unterschied gibt es bei den Ausgaben für die Gesundheitsförderung. 43 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung müssen viel oder sehr viel Geld für private Maßnahmen zur Gesundheitsförderung aufwenden. Dazu zählen beispielsweise Kosten für spezielle Lebensmittel, Fitnesskurse, Besuche im Fitnessstudio, Schwimmbad- und Saunabesuche, Vereinsbeiträge sowie Fahrtkosten. Darüber hinaus geben sie im Vergleich zu Menschen ohne Beeinträchtigung häufiger viel oder sehr viel Geld für medizinische Zusatzleistungen aus, wie etwa bestimmte Medikamente, Therapien oder Hilfsmittel, die nicht von der Kranken- oder Pflegeversicherung übernommen werden (40 Prozent vs. 19 Prozent).

Abbildung 9: Zusätzliche Kosten für medizinische Zusatzleistungen

Frage: Wir wollen wissen, wie viel Geld du pro Monat für medizinische Zusatzleistungen außerhalb der Kranken- und Pflegeversicherung aus gibst?



● Gesamtbevölkerung ● Teilhabe Community

Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 427, Gesamtbevölkerung n = 300.

Versorgungssituation

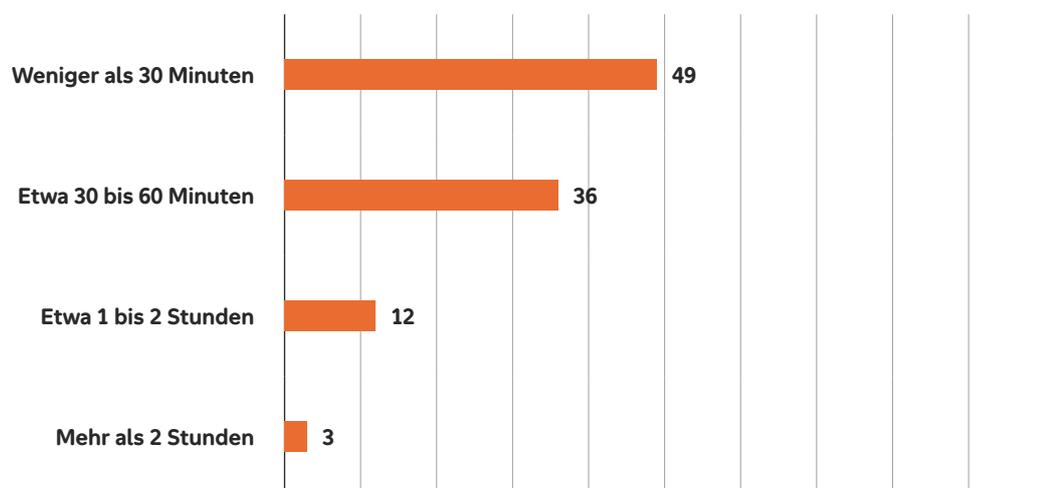
Angesichts des staatlich garantierten Anspruchs auf gesundheitliche Versorgung und dem Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist es problematisch, dass lediglich 74 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung angeben, bei Bedarf geeignete medizinische Hilfe zu erhalten. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, in der 85 Prozent diesen Zugang bestätigen, zeigt sich eine deutliche Versorgungslücke. Auch der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen wird von Menschen mit Beeinträchtigung weniger positiv wahrgenommen (62 Prozent), als von der Gesamtbevölkerung (73 Prozent). Diese Differenzen unterstreichen bestehende strukturelle Ungleichheiten im Gesundheitssystem, die insbesondere Menschen mit Beeinträchtigung benachteiligen. Sie müssen größere Anstrengungen unternehmen, um ihre umfassende Versorgung sicherzustellen.

Ein wesentlicher Faktor, der ihren größeren Aufwand beeinflusst, ist die Erreichbarkeit medizinischer Versorgung. Viele Menschen mit Beeinträchtigung sind gezwungen, lange Wege auf sich zu nehmen, um gesundheitlich versorgt zu werden. Unter den Bedingungen eingeschränkter Mobilität können diese langen Wege eine erhebliche Belastung darstellen.

Zwar erreicht knapp die Hälfte der Befragten mit Beeinträchtigung (49 Prozent) eine Arztpraxis oder Therapieeinrichtung innerhalb von 30 Minuten, jedoch benötigen weitere 36 Prozent zwischen 30 und 60 Minuten und 15 Prozent mehr als eine Stunde. Die langen Anfahrtswege erschweren den Zugang zur Gesundheitsversorgung also zusätzlich.

Abbildung 10: Anfahrtszeiten von Menschen mit Beeinträchtigung zu Arztpraxen oder Therapieeinrichtungen

Frage: Denke nun an deinen letzten Termin beim Arzt oder Therapeuten: Wie viel Zeit hast du von zu Hause gebraucht, um dort hinzukommen?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 427.

Die Entfernung zum nächstgelegenen geeigneten Krankenhaus stellt für viele Menschen mit Beeinträchtigung eine weitere erhebliche Hürde dar. So müssen mehr als ein Drittel der Befragten (36 Prozent) mindestens 10 Kilometer zurücklegen, um die benötigte medizinische Versorgung zu erhalten.

Zusätzlich sind Wartezeiten eine spürbare Belastung: 78 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung empfinden die Zeit bis zu einem Facharzttermin als deutlich zu lang. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass rund ein Drittel der Befragten (32 Prozent) sich gut vorstellen kann, einen Gemeindepfleger oder eine Gemeindepfleglerin in Wohnortnähe als erste Anlaufstelle bei gesundheitlichen Problemen zu nutzen. Diese Option könnte insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel und den wachsenden Pflegebedarf an Bedeutung gewinnen.

Trotz der Kritik an einem schlechteren Zugang zu Gesundheitsleistungen für Menschen mit Beeinträchtigung (54 Prozent) sind fast drei Viertel der Befragten mit der Qualität des Kontakts zu Ärzten, Therapeutinnen, im Krankenhaus oder in der Apotheke zufrieden (74 Prozent). Im Gegensatz dazu wird der Kontakt mit Versicherungen und Behörden von einem guten Drittel der Befragten (36 Prozent) als langwierig wahrgenommen. Darüber hinaus empfinden viele die Kontaktaufnahme als frustrierend und kompliziert; lediglich ein Fünftel (21 Prozent) gibt an, dass die Kommunikation hilfreich ist. Besonders bezeichnend ist, dass fast die Hälfte der Menschen mit Beeinträchtigung (43 Prozent) das Gefühl hat, ihre Personengruppe werde oft schlecht von Behörden behandelt. Diese Zahlen deuten auf ein strukturelles Vertrauensdefizit gegenüber staatlichen Institutionen hin – ein alarmierender Befund im Kontext eines demokratischen Sozialstaats.

Abbildung 11: Forderungen an das Gesundheitssystem

Frage: Du siehst nun noch einmal 4 Sätze. Wir wollen wieder wissen: Stimmst du diesen Sätzen zu oder nicht?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 427.

Darstellung Top-Wert (Ganz klar ja).

Der Großteil der Menschen mit Beeinträchtigung fordert ein inklusives und barrierefreies Gesundheitssystem. Dessen Förderung ist auch Bestandteil des Koalitionsvertrags der aktuellen Bundesregierung, wobei dort jedoch keine weiteren Maßnahmen oder Details ausgeführt sind. Menschen mit Beeinträchtigung benennen ihre Bedarfe im Rahmen der Befragung hingegen konkret: 65 Prozent wünschen sich eine gesetzliche Regelung, die sicherstellt, dass Arztpraxen und Krankenhäuser barrierefrei sind. Ein weiterer wesentlicher Bedarf auf dem Weg zu einem inklusiven und barrierefreien Gesundheitssystem sind eine bedarfsgerechte Kommunikation und der angemessene Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigung durch Fachpersonal des Gesundheitswesens. Dieses ist in der Regel nicht zu den besonderen Bedarfen von Menschen mit Beeinträchtigung geschult. Im Gesundheitswesen ist der Blick auf eine Beeinträchtigung als Defizit weiterhin verbreitet. Die fehlende Schulung von Personal in diesem Bereich führt dazu, dass 36 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung das Gefühl haben, bei Gesundheitsleistungen würden ihre besonderen Bedarfe nicht ausreichend berücksichtigt.

Außerdem geben 19 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung an, dass ihnen Informationen fehlen oder sie diese als zu kompliziert empfinden. Schließlich wünschen sich 70 Prozent, dass Gesundheitspersonal bereits in der Ausbildung lernt, wie es gut mit Menschen mit Beeinträchtigung umgehen und sie unterstützen kann.

„Die Entfernungen sind zu weit. Häufig gibt es außerdem keine gute ÖPNV-Anbindung, daher muss ich ständig Freunde und Familie fragen, ob sie mich fahren können.“

**Befragungsteilnehmer*in
mit Beeinträchtigung**



Digitalisierung im Gesundheitswesen

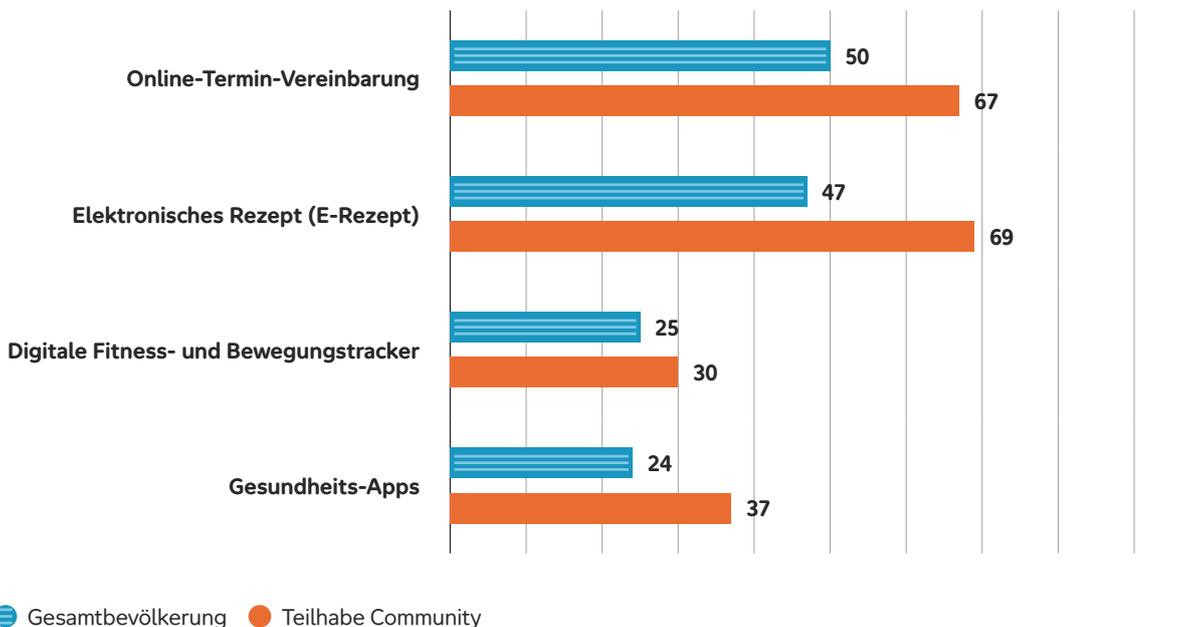
Die Digitalisierung des Gesundheitswesens hat sich als einer der entscheidenden Faktoren zur Verbesserung der Zugänglichkeit zu Gesundheitsangeboten erwiesen. Insbesondere Menschen mit Beeinträchtigung können von diesen Entwicklungen profitieren, wie über die Hälfte dieser Gruppe (52 Prozent) bestätigt. Zudem zeigt eine überwältigende Mehrheit (79 Prozent) eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber digitalen Technologien. In der Tat nutzen Menschen mit Beeinträchtigung alle abgefragten digitale Gesundheitsangebote deutlich häufiger als die Gesamtbevölkerung, sei es bei der Vereinbarung von Online-Terminen (67 Prozent versus 50 Prozent), der Nutzung elektronischer

Rezepte (69 Prozent versus 47 Prozent), Fitness-Trackern (30 Prozent versus 25 Prozent) oder Gesundheitsapps (37 Prozent versus 24 Prozent).

Diese Offenheit ist ein starkes Signal – und ein Auftrag an die Politik, digitale Gesundheitsangebote inklusiv, das heißt für alle zugänglich zu gestalten. Denn ein Viertel der Befragten beschreibt digitale Gesundheitsdienste als nicht barrierefrei oder zu kompliziert. Darüber hinaus bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes, die ebenfalls berücksichtigt werden müssen, um eine umfassende Akzeptanz und Nutzung digitaler Angebote zu gewährleisten.

Abbildung 12:
Nutzung von digitalen Gesundheitsangeboten

Frage: Welche digitalen Gesundheitsangebote hast du bereits genutzt?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 427, Gesamtbevölkerung n = 300.

Fazit

Die vorliegende Befragung beleuchtet die Herausforderungen und Bedarfe von Menschen mit Beeinträchtigungen im deutschen Gesundheitssystem. Die Ergebnisse zeigen, dass diese Bevölkerungsgruppe in besonderem Maße unter den bestehenden strukturellen Engpässen leidet, die sich in langen Wartezeiten, einem ausgeprägten Fachkräftemangel und unzureichender barrierefreier Erreichbarkeit von Gesundheitsdiensten manifestieren. Um eine wirklich inklusive Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, muss der Staat Maßnahmen in den Bereichen Barrierefreiheit und Teilhabe umsetzen. Das Deutsche Institut für Menschenrecht formuliert dazu konkrete Forderungen, die durch die vorliegenden Befragungsergebnisse gestützt werden.

Im Fokus der Forderungen steht allem voran ein diskriminierungsfreier Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für alle Menschen. Dass dieser Zugang bisher nicht gewährleistet ist, wird durch die Angst vor Diskriminierung und Ausgrenzung im Gesundheitswesen deutlich, die bei Menschen mit Beeinträchtigung signifikant höher ist als bei der Gesamtbevölkerung. Dies weist auf ein tief verwurzelt Misstrauen gegenüber den bestehenden Versorgungssystemen hin. Dieses Misstrauen ist schwerwiegend, weil sich 70 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung durch ihre gesundheitlichen Probleme belastet und in ihrer Lebensqualität eingeschränkt fühlen. Diese Situation ist besorgniserregend, da Menschen mit Beeinträchtigung häufig auf die Unterstützung des Gesundheitssystems angewiesen sind.

Die Beeinträchtigung der Lebensqualität sowie die damit einhergehenden Auswirkungen auf Alltag und Berufsleben haben zusätzlich massive Auswirkungen auf die mentale Gesundheit von Menschen mit Beeinträchtigung. 83 Prozent von ihnen geben einen Zusammenhang zwischen ihrem Gesundheitszustand und ihrem seelischen Wohlbefinden an. An dieser Stelle sollten die geplanten Vorhaben der Bundesregierung zur Verbesserung der mentalen Gesundheit

junger Menschen auf alle Altersgruppen, insbesondere aber auf Menschen mit Beeinträchtigung, ausgeweitet werden.

Auch wenn 74 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung den generellen Zugang zu medizinischer Versorgung als gut beschreiben, so weist diese doch erhebliche Hürden auf. Gerade in Bezug auf die Erreichbarkeit von Gesundheitseinrichtungen und die Wartezeiten auf Facharzttermine sind Menschen mit Beeinträchtigung besonders von strukturellen Problemen betroffen. Zusätzlich dazu sind sie auch durch mehr Zusatzkosten für Gesundheitsleistungen und Therapien belastet. Im Vergleich zu Menschen ohne Beeinträchtigung müssen Menschen mit Beeinträchtigung mehr Geld in ihre Gesundheit investieren.

Neben der finanziellen Belastung spielt bei vielen Maßnahmen der Gesundheitsversorgung oftmals auch die fehlende Barrierefreiheit von Einrichtungen des Gesundheitssystems eine große Rolle. Die Befragten mit Beeinträchtigung fordern hier eine gesetzliche Verpflichtung, Arztpraxen und andere medizinische Einrichtungen zugänglich zu gestalten. Unterstützt wird dies durch die Forderung des Deutschen Instituts für Menschenrechte, welches eine Verpflichtung von Arztpraxen auf einen Mindeststandard von Barrierefreiheit und eine Verknüpfung von Neuzulassungen an das Kriterium der Barrierefreiheit fordert. Dort wo eine generelle Zugänglichkeit nicht geschaffen wurde, ist zumindest der Rechtsanspruch auf sogenannte „angemessene Vorkehrungen“ zu erfüllen, also spezifische personenbezogene Unterstützungsmaßnahmen, um Barrieren zu überwinden. Zentrales Element angemessener Vorkehrungen ist die Zugänglichkeit zu Informationen. Konkrete Beispiele aus dem Gesundheitsbereich sind ärztliche Aufklärungsgespräche in einfacher Sprache, die Übersetzung eines Befundes in Brailleschrift oder die individuelle Anpassung von Arbeits- und Organisationsabläufen. Alle Akteure im Gesundheitswesen müssen ihre Flexibilität und Sensibilität im Umgang mit Menschen mit Behinde-

rung erhöhen, deren individuelle Bedürfnisse berücksichtigen, vor allem aber im Dialog mit ihnen gemeinsam Lösungen erarbeiten, um dort Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung zu gewährleisten. Ein Weg ist die Schulung von Fachpersonal des Gesundheitswesens zu bedarfsgerechter Kommunikation mit Menschen mit Beeinträchtigung, die 70 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung fordern. Menschen mit Beeinträchtigung haben häufig das Gefühl, dass ihnen Informationen fehlen oder sie diese nicht richtig verstehen. Eine Schulung im Umgang und der Kommunikation mit Menschen mit Beeinträchtigung könnte ein Absatz sein, den auch das Deutsche Institut für Menschenrechte fordert. Fachkräfte sollten dazu befähigt werden vorurteilsfrei zu handeln, barrierefrei zu kommunizieren und den Willen und die Präferenzen der Patient*innen mit Behinderungen zu wahren, so das Institut. Damit Menschen mit Behinderung auch im Krankenhaus selbstbestimmt agieren können fordert es außerdem eine Regelung zur Mitnahme von Begleitpersonen bei stationären Aufenthalten. Diese Forderung wird von 72 Prozent der Befragten unterstützt.

Schließlich zeigt die Befragung die Potenziale von digitalen Angeboten der Gesundheitsversorgung. Die Mehrheit der Befragten mit Beeinträchtigung zeigt sich offen gegenüber digitalen Gesundheitsangeboten, nutzt sie intensiver als die Gesamtbevölkerung, sieht jedoch auch die Notwendigkeit, diese Angebote barrierefrei zu gestalten und Datenschutzbedenken ernst zu nehmen.

Insgesamt verdeutlichen die Befragungsergebnisse, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, um eine inklusive und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für Menschen mit Beeinträchtigungen zu gewährleisten. Dies erfordert nicht nur strukturelle Reformen im Gesundheitssystem, sondern auch eine Sensibilisierung der Gesellschaft und eine gezielte Ausbildung des Gesundheitspersonals. Nur durch einen umfassenden Ansatz, der sowohl die physischen als auch die psychischen Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigung berücksichtigt, kann eine gleichwertige Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland sichergestellt werden.

Methodik

Im Rahmen des Weltgesundheitstags führte die Aktion Mensch in Zusammenarbeit mit Ipsos Public Affairs eine quantitative Online-Befragung durch, um die Einstellungen und Erfahrungen der Bevölkerung hinsichtlich gesundheitlicher Themen zu erheben. Die Befragung fand zwischen dem 19. und 24. März 2025 statt und umfasste insgesamt 727 Personen ab 16 Jahren.

Die Teilnehmenden der Erhebung setzten sich aus zwei Teilstichproben zusammen:

- 427 Personen mit Beeinträchtigung aus der Teilhabe-Community, einem knapp 2.000 Personen mit Beeinträchtigung umfassenden Bevölkerungspanel von Ipsos in Kooperation mit Aktion Mensch.
- 300 Personen aus der deutschen Gesamtbevölkerung, die über das Ipsos Access Panel rekrutiert wurden und repräsentativ für die Wohnbevölkerung Deutschlands ist.

Der Fokus der Befragung lag auf der Erfassung der eigenen Gesundheitssituation, der Gesundheitsförderung, der gesundheitsbezogenen Lebensqualität, der Versorgungssituation sowie der Digitalisierung des Gesundheitswesens.

Die Themenschwerpunkte der Befragung wurden in einer eineinhalbstündigen Videokonferenz am 10. Februar 2025 von sechs Mitgliedern aus der Teilhabe-Community und jeweils zwei Vertreter*innen von Aktion Mensch und Ipsos erarbeitet. Die gleiche Gruppe überarbeitete am 10. März 2025 in einer eineinhalbstündigen Videokonferenz den konzipierten Fragebogen und gab ihn zur Programmierung frei. An dieser Sitzung nahmen fünf Vertreter*innen aus der Teilhabe-Community teil.

Impressum

Auftraggeberin:

Aktion Mensch e.V.

Verantwortlich: Sascha Decker

www.aktion-mensch.de

Datenerhebung:

Ipsos Public Affairs

Redaktion:

Britta Klasen-Bönsch, Stefan Sandner

Grafik, Layout, Satz, barrierefreies PDF:

Nicole Schmitz, www.subgrafix.de

© **Copyright:** Aktion Mensch e.V., Bonn 2025



Mehr Informationen unter
www.aktion-mensch.de



Stand: Juli 2025



Hier geht es zu
allen Studien
der Aktion Mensch.

Aktion Mensch e.V.

Heinemannstr. 36

53175 Bonn

Telefon: 0228 2092-1525

britta.klasen.boensch@aktion-mensch.de